

Textarchiv

Bezirk leistet sich superteures Amt

Friedrichshain-Kreuzberg baut Büros für 1,45 Millionen Euro

Karin Schmidl

Einen Monat lang haben die Experten im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hin- und hergerechnet, jetzt steht für sie fest: Das dreigeschossige Dienstgebäude am Halleschen Ufer in Kreuzberg wird weiter zum Jugendamt umgebaut. Der Baustopp, der im Oktober nach einer exorbitanten Kostenexplosion verhängt worden war, ist aufgehoben. Verhängt wurde er, nachdem die ursprünglich geschätzten Baukosten von 90 000 Euro auf 1,45 Millionen Euro gestiegen waren. Der Grund: Bezirks-Experten hatten Baumängel zu spät entdeckt, zudem gab es schlampige Absprachen zwischen den Ämtern.

"Nach eingehender Prüfung sind wir zu dem Schluss gekommen, dass Ausbau und Nutzung dieser bezirkseigenen Immobilie mittel- bis langfristig wirtschaftlicher sind alle anderen Varianten", sagte Baustadträtin Jutta Kalepky (für Grüne). Geprüft wurde, ob der Umbau anderer Bezirksgebäude preiswerter wäre. Kalepky: "Keines unserer Häuser, die groß genug sind, um Büros für die 46 Jugendamts-Mitarbeiter zu schaffen, kann billiger umgebaut werden." So würde der Ausbau des Gebäudes an der Mühlenthorstraße 17 gut zwei Millionen und des an der Baruther Straße 20 sogar mehr als drei Millionen Euro kosten. Auch die Anmietung von Fremd-Immobilien käme den Bezirk auf lange Sicht teurer, ist man überzeugt. Zwar würden dabei keine Umbaukosten anfallen. Aber: Innerhalb von 15 Jahren müsste mehr Geld für Miete, Betriebs- und Heizkosten aufgebracht werden, als die Nutzung der Immobilie am Halleschen Ufer zur selben Zeit kosten würde. Das dortige Gebäude, in dem bis Anfang 2008 das Tiefbauamt saß, soll mit 580 000 Euro aus dem Konjunkturprogramm energetisch saniert werden, was die Betriebs- und Heizkosten spürbar senken soll. Außerdem müssten bei einer Anmietung die Senatsfinanzverwaltung und das Abgeordnetenhaus zustimmen. Das dauert zu lange, denn das Jugendamt braucht das neue Haus im Frühjahr 2010. Dann müssen die Mitarbeiter aus ihren jetzigen Büros an der Oranienstraße raus, das Gebäude wurde verkauft.

Und noch einen Grund gibt es, wieso der teure Umbau jetzt akzeptiert wird: "Hätten wir die Arbeiten aufgegeben, wäre das Geld aus dem Konjunkturpaket weg", so Kalepky. Und die Baufirmen hätten vom Bezirk Schadensersatz von gut 500 000 Euro verlangen können.

"Langfristig gesehen, ist die Nutzung des Hauses preiswert." Jutta Kalepky, Baustadträtin

IMPRESSUM KONTAKT MEDIADATEN



